



27. Februar 1989/139

SOZIALDEMOKRATEN FÜR EUROPA

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60 |

Der Pressesprecher für Europa-Politik
beim SPD-Vorstand, WILLI CARL, teilt mit:

GERD WALTER MdEP: EG-Länder müssen sich in der

RUSHDIE-Affäre auf Wirtschaftssanktionen einigen

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft sollten sich nach Meinung des Spitzenkandidaten der SPD für die Europawahl 1989, GERD WALTER, in der Rushdie-Affäre schnell auf Wirtschaftssanktionen gegen den Iran einigen. Auf dem Landesparteitag der bayerischen SPD erklärte der Europapolitiker am Sonnabend in Augsburg: "Nach diesem jedem Völkerrecht widersprechenden Mordbefehl KHOMEINIS darf die EG nicht einfach zur Business-as-usual-Politik zurückkehren. Das Regime der Ayatollahs benötigt hochwertige europäische Ausrüstungsgegenstände. Wir sollten sie ihm verweigern, solange der Mordbefehl nicht zurückgenommen ist."

WALTER fügte hinzu: "Was im Fall Libyen sinnvollerweise möglich war, muß auch im Fall Iran verwirklicht werden."

Nach Meinung des Europaabgeordneten muß sich die EG in diesem Zusammenhang auf gemeinsame verbindliche Regeln für die Ausfuhr sogenannter sensitiver Güter, einschließlich Waffen, in Spannungsbieten einigen: "Es kann nicht angehen, daß beispielsweise in der Bundesrepublik durch eine Verordnung nach dem Außenhandelsgesetz gewisse Güter nicht in bestimmte Länder verbracht werden dürfen, sie jedoch dann über ein anderes EG-Land mit weniger strengen Vorschriften schließlich doch nach dort verbracht werden."

WALTER erklärte, entsprechende Klärungen würden derzeit bei der EG-Kommission vorgenommen. Sie sollten rasch zum Abschluß gebracht werden, damit die EG als größte Handelsmacht der Welt in Fällen extremer Verletzung von Menschenrechten ein wirksames Instrument erhalte, dagegen vorzugehen.